



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

EU-No Newsletter vom 11. April 2019

Rahmenabkommen schwächt das Gewerbe

Die Auswirkungen des Rahmenabkommens auf das Schweizer Gewerbe wurden bis anhin in den Diskussionen vernachlässigt. Es ist zu befürchten, dass die Bürokratie und Überregulierung zunehmen, zudem die Steuern und Abgaben erhöht werden müssen. Dies belastet massiv unsere Schweizer KMU. Der politische Einfluss des ansässigen Gewerbes würde zudem schwinden und die Berufsbildung steht vor einer Nivellierung nach unten.

Behauptungen der Funktionäre

Manche Wirtschaftsvertreter argumentieren mit der Behauptung, dass die Ablehnung des Rahmenabkommens zu einer Abschottung der Schweizer Wirtschaft führen würde. Der Forschungs-, wie auch Bildungsplatz Schweiz würde in der europäischen Zusammenarbeit aussen vor gelassen und wir würden abgehängt. Jedem sollte aber klar sein, dass die Wirtschaft, wie auch die Forschung dem stetigen Wandel ausgesetzt sind und von vielen anderen Faktoren abhängig sind. So zum Beispiel von den eigenen Finanzen, von der Innovationskraft und der globalen Vernetzung. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, ging dies gut bis ausgezeichnet ohne Rahmenabkommen und ohne politisch-institutionelle Einbindung in die EU-Strukturen. Wer frei ist, kann auch flexibel auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen reagieren. Diesen Standortvorteil dürfen wir nicht preisgeben. Die Frage beim Rahmenvertrag ist vielmehr, ob wir den Wandel hier vor Ort in der Schweiz noch mitgestalten können und wollen, oder ob wir uns den Wandel von aussen aufzwingen lassen wollen.

Föderalismus und Anhörungskultur am Ende

Das EU-Rahmenabkommen bedeutet eine massive Beschneidung unseres bewährten Föderalismus und unserer Unabhängigkeit. Gemeinde- und Kantonskompetenzen würden nach Brüssel ausgelagert. Eine pragmatische und zielorientierte Diskussion zwischen Politik und Gewerbe wird so stark erschwert. Das in der Schweiz ansässige Gewerbe würde so stark ausgebremst. Denn in Brüssel weht ein rauer Wind. Hier gehen die Anliegen des Schweizer Gewerbes mit Sicherheit unter, neben den grossen Interessenvertretern von internationalen Grosskonzernen, internationalen NGO und der Megaverwaltungen aus dem umliegenden Ausland. Die für die föderale Schweiz typische Anhörungskultur würde Schritt für Schritt verloren gehen. Schlussendlich ist das Schweizer Gewerbe der grosse Verlierer in diesem Spiel um Einfluss und Macht.



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

Ausbau der Verwaltung und Bürokratie

Unsere Wirtschaft floriert so stark, weil wir einen schlanken Staat und liberale Rahmenbedingungen haben. Das Unternehmertum und die Eigenverantwortung werden noch hochgehalten und geachtet. Mit dem Rahmenabkommen würden wir genau diese Standortvorteile verlieren.

Der Beamtenapparat müsste ausgebaut, die öffentlichen Ausgaben und somit auch die Steuern und Abgaben erhöht werden. Nicht nur die Bürokratie, sondern auch die Juristerei würde zunehmen. Die Folgen eines solchen Abkommens wären die Verklausulierung und Einengung der pragmatischen Politik durch Verwaltungsjuristen. Diese vermeintlichen Experten auf dem Gebiet der Rechtsauslegung und Verwaltungsbürokratie haben meist von den spezifischen Anliegen der Gewerbetreibenden keine Ahnung.

Berufsbildung am Ende?

Auch die Berufsbildung würde mit dem Rahmenabkommen zur Debatte stehen. Für unser duales Bildungssystem werden wir im Ausland bewundert und beneidet. Es gibt aber EU-Richtlinien, die ganz klar die Absicht und das Ziel haben, die Anerkennung der Berufe innerhalb des ganzen EU-Raums über die dynamische Weiterentwicklung der Personenfreizügigkeit zu erzwingen. Hierbei würde ein Abschluss einer Schweizer Berufslehre gegenüber der Matura schlechter gestellt werden. Dass Schweizer Berufslehren eine höhere Qualität aufweisen als europäische Berufsausweise, würde hinfällig. Unsere Berufsbildung und somit auch unser Knowhow und unsere Qualität würden nach unten nivelliert.

Überregulierung

Die Übernahme von EU-Recht würde zudem die Überregulierung in der Schweiz befeuern. Bisherige Anstrengungen zur Eindämmung von regulatorischen und administrativen Auflagen für Unternehmen würden zunichte gemacht. Mit dem Rahmenabkommen müssten wir «dynamisch», das heisst rasch und voreilig EU-Recht einseitig übernehmen. Die EU ist ja auch nicht bekannt für ihre regulatorische Zurückhaltung. Aus Unternehmersicht sind aber so oder so die Wörter «dynamisch» und «Regulierung» in einem Satz ein Graus. Diese automatische Rechtsübernahmen ist das Gegenteil von Rechtssicherheit.

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt